

Judith Dellheim

Über Neue Ökonomische Politik und Commons

Die von den OrganisatorInnen gesetzten Überschriften des Panels und meines Beitrages provozieren zu einigen Bemerkungen. Das meine ich als Kompliment.

„**Staat und Ökonomie im Übergang**“, provoziert zunächst zu der Frage „Übergang wohin?“ und so ist nach der *Perspektive* gefragt. Vor 25 Jahren hätte es in diesem Hause sicher geheißen: „Na logisch – Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Allgemeinen und vom Kriegskommunismus zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus im Besonderen“.

Ja, ein solcher Übergang sollte es werden und es war ein Übergang von einem vermeintlich sozialistischen Weg zu einem anderen vermeintlich zum Sozialismus führenden Weg. Die Frage ist nun, was daraus gelernt werden kann. Eine weitere Frage ist, ob wir aus der Beschäftigung mit der NÖP vielleicht klären können, warum eben nicht die Bedingungen dafür geschaffen wurden, dass das Leben – wie Ernst Bloch sagt – fortwährend vermenschlicht wurde und wird. Da geht es insbesondere um die Art und Weise, wie Vergesellschaftung der Arbeit voranschreitet – mit der Entfaltung von Konkurrenz- oder Solidarverhältnissen, mit der Fortsetzung oder dem Abbau von Entfremdung, mit der Fortsetzung oder dem Abbau von Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeitenden.

Bei der Überschrift „**Neue Ökonomische Politik und Commons**“ ist es noch etwas vertrackter, denn der Begriff „Commons“ hat in der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft und der sowjetischen Ökonomie nie eine Rolle gespielt und so war er auch nicht mit „Neuer Ökonomischer Politik“ bzw. NÖP verbunden. Die Neue Ökonomische Politik wurde am 14. März 1921 vom 10. Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei der Bolschewiki beschlossen. Lenin hatte sie als alternativlos für die Bolschewiki erklärt, wenn sie die Staatsmacht behaupten und den Sozialismus aufbauen wollen. Er hat sie weiter als offensiven Umgang mit einer Niederlage erklärt – als Einsicht, dass man nicht von der Verteilungs- und Umverteilungspolitik unter Kriegsbedingungen zu einer sozialistischen Gesellschaft mit ihr entsprechender Verteilungs- und Umverteilungspolitik gelangen kann. Mit

dem Beginn der NÖP sollten die äußerst zentralistischen, die Ware-Geld-Beziehungen minimierenden wirtschaftspolitischen Praktiken durch eine andere Wirtschaftspolitik abgelöst werden. Diese sollte zum einen

- den dramatischen und tragischen Menschenverlusten
- der fürchterlichen Armut und Erschöpfung der Bevölkerungsmehrheit,
- den gewaltigen territorialen und Ressourcenverlusten Sowjetrusslands
- der katastrophalen Wirtschaftslage des Landes
- und der allgemeinen Unzufriedenheit bzw. Wut auf die Bolschewiki, die auch zu Aufständen führte,

Rechnung tragen.

Insbesondere sollten die Bauern befriedet und zu Produktionssteigerungen stimuliert werden. Schließlich konnte man ohne jedes Bündnis mit der Bauernschaft, die mehr als 80 Prozent der Bevölkerung ausmachte, kein gesellschaftliches Leben normalisieren, geschweige denn eine neue Gesellschaft aufbauen. Zum anderem sollte die Neue Ökonomische Politik der internationalen Kreditblockade und der Tatsache entsprechen, dass die erhoffte internationalistische Hilfe seitens der siegreichen sozialistischen Revolutionärinnen und Revolutionäre im Westen ausgeblieben war und auf absehbare Zeit ausbleiben würde.

Die NÖP dauerte sieben Jahre an, erfuhr drei Krisen, endete mit der Krise 1927-28 und der Stalinschen Schlussfolgerung, dass nun eine andere Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik gebraucht würde, um die sogenannte „sozialistische Industrialisierung“ und die „sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft“ zu meistern. Die NÖP bedeutete

- die ökonomische Entlastung der Bäuerinnen und Bauern und Stimulierung ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Initiative
- die Nutzung des Marktes und verschiedener Eigentumsformen
- die Umorganisierung der staatlichen Industrie
- die Heranziehung von Auslandskapital
- eine Geldreform, die 1924 zur Herstellung des konvertierbaren Rubel führte.

Wirtschaftlich war die NPÖ ein Erfolg:

- Die Bäuerinnen und Bauern wurden zu wirksamer Produktionssteigerung bewegt
- Das gesellschaftliche Wirtschaftsleben erfuhr einen Auftrieb
- Es entstanden neue Kooperationsbeziehungen, die insbesondere auf die Initiative von Kleinproduzenten in den Dorfgemeinschaften zurückgingen
- Die Ware-Geld-Beziehungen erlangten neue Funktionsfähigkeit
- Der Handel blühte auf
- Es kam auch zu einer gewissen Belebung der Außenwirtschaftsbeziehungen.

Aber:

Insgesamt blieb die wirtschaftliche und politische Isolation der Sowjetunion in Europa und der Welt. Es blieb auch bei der Geringschätzung des Sowjets, der für die revolutionäre Entwicklung im Winter und Frühjahr 1917 so wichtig war.

Es bereicherten sich die ohnehin sozial und wirtschaftlich Privilegierten, was neue soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit bedeutete. Dekadenz und Kriminalität feierten glückliche Urständ. Die bürgerlichen Freiheiten wurden nicht wiedereingeführt. Lenin und die Bolschewiki arbeiteten nur punktuell und lediglich machtpolitisch-pragmatisch an der Demokratisierung ihrer Partei, der Verwaltung, den politischen Entscheidungsstrukturen, des gesellschaftlichen Wirtschaftslebens, des Kollektiven, des Öffentlichen – der Commons.

Ich spare mir und erspare Euch das Hin-und-her-wälzen von Commons-Definitionen und sage als Mitglied von Gemeingut in BürgerInnenhand frisch und frei: Unter Commons verstehe ich zunächst Güter, bei denen es *erstens* schwer ist, andere vom Zugang bzw. der Nutzung auszuschließen, obwohl um ihre Nutzung konkurriert wird, siehe den Berliner Alexanderplatz und von denen *zweitens* niemand ausgeschlossen werden sollte wie z.B. Trinkwasser.

Aber, von der Perspektive sozialistischer Politik her wären Commons aus dem Blickwinkel eines selbstbestimmten Lebens in Würde für jede und jeden zu sehen und zu diskutieren. Ergo es geht um

- Frieden, Schutz vor körperlicher und psychischer Gewalt
- Teilhabe an relevanten das gesellschaftliche Leben betreffenden politischen Entscheidungen
- Intakte natürliche Umwelt
- Sinnvolle Arbeit
- Soziale Sicherheit: ausreichende und gesunde Nahrungsmittel, attraktives Wohnen, medizinische Betreuung und Pflege auf hohem Niveau
- Persönlichkeitsstiftende Bildung und Kultur
- Eine entsprechende Kommunikation und Mobilität.

Diese Freiheitsgüter, ihre Produktion bzw. die materiellen Bedingungen dafür, dass diese Güter für jede und jeden erreichbar und nutzbar werden können, sind Commons, z. B. eben Bildung und Schulen.

Bezogen auf unser Thema ist klar, dass es in der NÖP nach den Kriegen und dem Kriegskommunismus „lediglich“ darum gehen konnte, dass Commons erhalten, verbessert und gemehrt werden, dass ihre Nutzung sozial gerecht verallgemeinert wird; dass die Chancen dafür geschaffen bzw. gewahrt werden, dass überhaupt einmal eine Gesellschaft entstehen kann, in der die Menschen als Gleiche und Freie solidarisch miteinander leben und mit der Natur verantwortungsvoll umgehen. Dafür gab es nun wiederum zumindest zwei Voraussetzungen: Man hätte sich wenigstens tendenziell auf eine solche Vision verständigen müssen und man hätte einen breiten demokratischen Suchprozess organisieren und vorantreiben müssen – einen Suchprozess, der kontinuierlich die individuellen und kollektiven politischen Handlungsbedingungen analysiert, die kurz-, mittel- und langfristigen Handlungsmöglichkeiten diskutiert, die Ergebnisse des eigenen Tuns reflektiert. Dabei hätte sich die Partei der Bolschewiki verändern und ihr Verhältnis zu den anderen politischen Akteuren neu bestimmen müssen.

Ob das überhaupt möglich war, ist eine andere Frage, aber es wurde ja nicht systematisch versucht.

Wenn ich Frieden, Land, Brot, Freiheit, Demokratie in Deutsch, Englisch und Russisch googele, lande ich bei Dokumenten bzw. Websites, die sich mit Ereignissen vor der Oktoberrevolution befassen. Die Erklärung ist einfach: der Ruf

nach den elementaren Existenzbedingungen, nach grundlegenden Commons, nach den Bedingungen dafür, dass überhaupt über Selbstbestimmung in Würde und eine Gesellschaft der Freien und Gleichen diskutiert werden kann, mündete in die Februarrevolution. Der Ruf mündete weiter in die Massen-Mobilisierung durch die Bolschewiki im Frühjahr 1917, als immer offensichtlicher wurde, dass die provisorische Regierung eben nicht um Frieden, Brot und Freiheit für alle rang. Damit waren beide Ereignisse demokratisch legitimiert.

Als dann aber mit ihrer Machtergreifung die Bolschewiki den Ruf der Massen nach Frieden, Land, Brot, Freiheit, Demokratie ihrem Machterhalt unter-ordneten, entstand ein gesellschaftspolitisches Legitimationsproblem. Man kann nun einmal nicht das Parlament auflösen, die bürgerlichen Freiheiten abschaffen, roten Terror praktizieren, Revolutionäre erschießen, demokratisch legitimiert sein und eine humane Gesellschaft nachhaltig aufbauen. Dass es zum tragischen roten Terror gekommen ist, hat selbstverständlich mit den erbarmungslosen reaktionären Kräften in Russland, den kriegsführenden Staaten und dem Kulturniveau in Russland zu tun. Aber die schrecklichen Ereignisse hatten wohl auch damit zu tun, dass die aus dem Exil und der Verbannung angereisten bolschewistischen Eliten ihre Petrograder Parteimitglieder, die an der Februarrevolution beteiligt waren und an der Wiedervereinigung mit Teilen der Menschewiki an der Basis arbeiteten, nicht notwendig ernst nahmen. Die folgenschweren Ereignisse hatten selbstverständlich ebenso damit zu tun, dass – wie bereits erwähnt – die erwartete internationalistische Solidarität aus dem Westen gekommen war.

Die NÖP war eine realistische pragmatische bolschewistische Antwort auf die politischen und ökonomischen Umstände. Sie bot die Möglichkeit zu nachhaltigen Lernprozessen, die Commons in das Zentrum bolschewistischer Politik zu stellen, eine neue Bündnispolitik zu begründen. Sie bot auch die Chance, allmählich die Partei neuen Typus zu einer demokratischen Partei im Wettbewerb um soziales Engagement für gesellschaftliche Humanisierung zu machen. Die Chance wurde nicht oder nur kaum gesellschaftliche Realität, was uns nicht von der Verantwortung befreit, darüber und über die durch uns selbst verspielten Möglichkeiten politischen Handelns, unseren Mangel an aktiver Solidarität und über unsere durch uns selbst verursachte politische Defensive zu diskutieren.

Wir sollten das endlich konsequent tun und wir sollten konsequent den programmatischen und strategischen Fokus auf die Commons, die neue politische Bündnisse ermöglichen, und auf eine entsprechende Organisations- und Arbeitsweise setzen.

Schließen möchte ich mit Ernst Bloch zum menschlichen Sozialismus, „der noch gar nicht angefangen hat. Unvergessen ist ... der Versuch, ihn endlich zu beginnen, und das Logische, dass einer der ältesten und edelsten Träume der Menschheit durch seine besonders schwierige Verwirklichung nur noch dringender, unabgeoltener, uneingelöster“ wurde.